

Beschluss des Landrats vom 14.11.2019

Nr. 253

14. Netto Null CO₂-Emissionen bis 2030

2019/583; Protokoll: bw, ble, pw

Désirée Jaun (SP) erinnert, dass im Landrat schon lange und hitzig über die Klimakrise diskutiert worden sei. Auch darüber, ob oder wie ein Zeichen gesetzt werden könnte. Bisher zeigte sich der Kanton Basel-Landschaft sehr defensiv. Massnahmen wurden bloss zögerlich und stets mit wirtschaftlichen anstelle von klimaschützenden Zielsetzungen angegangen. Das obwohl die Region stark von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen ist.

Nun liegt mit dieser Motion eine konkrete Forderung vor, nämlich dass im Kanton Basel-Landschaft bis 2030 die Treibhausgase auf Netto-Null reduziert werden sollen, und dies ohne eine Kompensation im Ausland. Also ohne die Verantwortung einfach abzuschieben. Eine den Umständen entsprechende und konsequente Forderung.

Damit die durchschnittliche Erderhitzung nicht auf mehr als 1,5°C ansteigt, braucht es eine klare Klimastrategie, konsequente ambitionierte Ziele sowie wirksame Klimaschutzmassnahmen. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen zu können, müssen auch die Kantone aktiv mit-helfen.

Wenn die globale Erhitzung nicht aufgehalten und die Klimakrise bekämpft wird, besteht die reale Gefahr, dass die sogenannten Tipping-Points erreicht und dann die natürlichen Mechanismen, die sich ab dann von selbst verstärken, nicht mehr aufgehalten werden können. Bei einem durchschnittlichen Temperaturanstieg von 2°C könnte dies schon der Fall sein.

Seit das Übereinkommen und die Klimaziele Ende 2015 in Paris definiert wurden, liegen neue Erkenntnisse vor. So wurde inzwischen im aktuellen Spezialbericht des Weltklimarates belegt, dass sich die Auswirkungen durch die Klimaerhitzung dramatisch verstärkt haben und dass es voraussichtlich so weitergehen wird. Der Meeresspiegel steigt beispielsweise schneller an als gedacht und die permanenten Eisflächen, die viele Milliarden Tonnen CO₂ speichern, schmelzen rasanter als angenommen. Kaum vorzustellen, welche Katastrophen auf uns zukommen, wenn es ungebremsst so weitergeht. Auch 11'000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, darunter 300 aus der Schweiz, haben sich kürzlich zum «Klima-Notfall», wie sie es benennen, geäussert und klar aufgezeigt, dass deutlich mehr gemacht werden muss, um noch schlimmere Katastrophen und Leid zu verhindern und dass die bisherigen Ziele und Massnahmen bei Weitem nicht genügen, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen.

Dieser Notfall ist schon lange bekannt, aber wenn man zurückblickt, sieht man, dass einfach weitergemacht wurde wie bisher.

Nun liegen neue Erkenntnisse vor, und da man weiss, dass die bisherige Zielsetzung klar zu wenig weit geht, ist es notwendig, das Ziel anzupassen und dies mit allen Anstrengungen zu verfolgen, wie das z.B. die Stadt Zürich macht. Nur mit ambitionierten Zielen und darauf ausgerichteten Massnahmen kann man der grössten Herausforderung unserer Zeit gerecht werden. Damit soll nun begonnen werden. Man kann nicht noch weiter abwarten und vermuten, dass es sowieso unmöglich sei dieses Ziel zu erreichen. Denn 2050 ist noch viel zu weit weg, und die Gefahr ist viel zu gross, dass weiterhin zu wenig unternommen wird, wenn man die Augen weiterhin verschliesst und die Ziele nicht gemäss den vorliegenden Erkenntnissen anpasst und mit entsprechenden Massnahmen sowie Bestrebungen nach technischen Neuerungen angeht.

Deshalb soll das kantonale Energiegesetz revidiert und das Ziel definiert werden, bis 2030 die Treibhausgasemissionen auf Netto-Null ohne Kompensation im Ausland zu senken. Die SP-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion vollumfänglich sowie auch weiterführende Massnahmen, um dies zu erreichen.

Meret Franke (Grüne) sagt, das globale Klima erwärme sich schneller und stärker als bisher angenommen. Die ersten Folgen der Klimakrise zeigten sich im vergangenen Hitzesommer. Wetterextreme wie Dürre, Überschwemmungen und Stürme werden weiterhin zunehmen. Aktuell steht Venedig unter Wasser. Es muss alles in der Macht Stehende unternommen werden, die CO₂-Emissionen zu senken. Jedes Jahr mit Netto-Null CO₂-Emissionen erhöht die Chance, dass der Klimawandel, wie er sich jetzt präsentiert, noch aufgehalten werden kann. Mit der Klimaschutzinitiative der Grünen soll erreicht werden, dass das Klimaabkommen von Paris für den Kanton Basel-Landschaft verbindlich wird und die CO₂-Emissionen bis allerspätestens 2050 auf Netto-Null gesunken sind. Die Motion der SP verlangt, dass Netto-Null bereits 2030 erreicht wird. Eigentlich hätte man bereits vor 20 Jahren mehr für das Klima machen sollen. Jetzt brennt es. Man muss jedoch aufpassen, dass beim notwendigen Wandel auch alle mitkommen. Die Grüne/EVP-Fraktion begrüsst, dass der Regierungsrat die CO₂-Reduktion als dringliche Aufgabe erachtet und der Klimaschutz einen strategischen Schwerpunkt darstellt. In diese Richtung müssen die Bestrebungen gehen. Deshalb wird eine grosse Mehrheit der Fraktion den Vorstoss als Postulat unterstützen.

Markus Dudler (CVP) erklärt, die CVP/glp-Fraktion könne Netto-Null im Jahr 2050 unterschreiben. Sie wehrt sich jedoch gegen eine Anpassung des Energiegesetzes mit dem Ziel, 2030 CO₂-neutral zu sein, bevor überhaupt eine Wirkungsanalyse des Gesetzes erstellt wurde. Ein Gesetz soll realistisch sein. 2030 ist quasi übermorgen. Unter allen Umständen gilt es zu verhindern, dass die Wirtschaft abgewürgt wird, wodurch Ressourcen für Innovationen fehlen. Man muss bedenken, dass Papier extrem geduldig ist. Es nützt nichts, wenn Ziele gesetzt werden, die sich nicht erreichen lassen. Deshalb ist die CVP/glp-Fraktion klar gegen eine Motion. Ein Postulat bringt bei solch konkreten Forderungen ebenfalls nichts.

Florian Spiegel (SVP): «Sachverstand an der Garderobe abgegeben.» So müsste der mediale Titel zu diesem Vorstoss lauten. 22 SP-ler und ihre Vasallen, darunter durchaus Personen mit Sachverstand, reichten einen Vorstoss ein, der von Polemik nur so strotzt und polemisch ist. Weshalb polemisch? Im Duden steht unter anderem: Überspitzt, rücksichtslos, unsachlich. Zu den Fakten: Das Pariser Klimaabkommen von 2015 sieht eine Reduktion des CO₂-Ausstosses von 50 Prozent von 1930–2030 vor. 1960 betrug der Ausstoss 6,68 Tonnen CO₂ pro Kopf. Aktuell (2018) liegt der pro Kopf-Ausstoss bei 4,3–4,5 Tonnen CO₂. Das entspricht einer Senkung von 35 Prozent. Das bedeutet, dass bis 2030 eine Senkung in Höhe von 15 Prozent erreicht werden soll und dann innert 20 Jahren der Rest.

Der Landrat nahm die MuKE (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich) vor zwei Jahren mit 80:4 Stimmen und drei Enthaltungen an. Die Mustervorschriften wurden von den Kantonen zur Einführung und zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens erstellt. Die 80 Ja-Stimmen im Landrat bedeuten, dass die Vorschriften weit über das linksgrüne hinein ins bürgerliche Lager Zustimmung fanden. Man kann nun nicht argumentieren, die bürgerliche Seite wolle nichts für das Klima machen. Wo es möglich ist, soll umgesetzt werden, wo es unsinnig ist, eingedämmt werden. Stand heute haben erst sechs Kantone den MuKE zugestimmt. Es gibt praktisch keinen anderen Kanton, der die MuKE derart wenig verändert hat, wie der Kanton Basel-Landschaft. In diesem Bereich ist der Kanton also top und hält die Zielbestimmungen ein. Wenn man nun aber eine Null CO₂-Emission bis 2030 möchte, schießt man über das Ziel hinaus, denn dies ist nicht umsetzbar. Niemand von der linksgrünen Seite kann dem Redner weismachen, er glaube wirklich daran, dass innert zehn Jahren sämtliche bestehenden gebäudetechnischen Anlagen ersetzt werden. Das ist nicht nur eine finanziell unzumutbare Belastung, sondern auch ökologisch unsinnig. Das muss wirklich jeder der Mitunterzeichnenden erkennen.

CO₂-Neutralität bis 2050 ist ein Ziel, das man sich vor Augen halten darf. Man muss aber ganz klar sagen, dass das Erreichen dieses Ziels auf dem basellandschaftlichen Staatsgebiet aktuell nicht geschafft wird. Das hat nichts damit zu tun, dass man nicht will, sondern mit der Differenzierung

zwischen der Gewinnung von Primär- und Sekundärenergien. Im Bereich der Sekundärenergie ist der Redner der Meinung, dies mit dem heutigen Stand der Technik und den zukünftigen Entwicklungen erreichen zu können. Im Bereich der Primärenergien ist es wahrscheinlich blauäugig, davon auszugehen, dass dies auf dieser Fläche erwirtschaftet werden kann– die Zukunft mag den Votanten eines Besseren belehren. Führende deutsche Ökonomen und Umweltwissenschaftler haben die Berechnungen für Deutschland, das notabene über mehr Fläche pro Person verfügt, vorgenommen. Sie kamen zum Schluss, dass CO₂-Neutralität bis 2050 nicht umsetzbar sei. Dies funktioniert nur in Zusammenarbeit mit dem Ausland und mit Energieaufbereitungsanlagen in bevölkerungsarmen Regionen.

Jetzt liegt ein solch unsäglich und vor Polemik strotzender Vorstoss vor. Dabei handelt es sich um nichts anderes als eine politische Aktion. Wirklich an das Funktionieren glauben tut auch die andere Seite nicht. Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion sowohl eine Motion wie auch ein Postulat ab.

Rolf Blatter (FDP) berichtet, dass der Vorstoss in der FDP-Fraktion ausgiebig diskutiert worden sei. Désirée Jaun wollte mit dem Vorstoss ein Zeichen setzen. Dazu sei gesagt, dass mit Zeichen setzen kein Kilogramm CO₂ eliminiert werden kann. Zu Zeiten nach den Wahlen sind Zeichen auch in politischer Hinsicht nicht sehr wirkungsvoll.

Ein sachliches Beispiel zum Thema Polemik. Es wurde gesagt, Venedig stehe unter Wasser. Das ist nicht das erste Mal und wird auch nicht das letzte Mal so sein. Bereits 1966 stand Venedig unter Wasser und, zwar bevor man von Greta Thunbergs und anderen schlaun Autoren gehört hat. Es soll nun an dieser Stelle nicht eine Grundsatzdebatte zum Klimanotstand lanciert werden. Vor den Sommerferien wurde zweimal über Gebühr lange über den sogenannten Klimanotstand debattiert. Sowohl eine Petition wie auch ein Postulat wurden abgelehnt.

Zum Thema: In der Motion kann man nachlesen, dass die Schweiz das Klimaziel von Paris mit einem Zielerreichungshorizont von 2050 und nicht 2030 ratifiziert, respektive akzeptiert hat. Die FDP-Fraktion anerkennt den Bedarf an Massnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses. Das lässt sich im Parteiprogramm der FDP nachlesen. Insofern steht die Partei voll hinter der Energiestrategie 2050, im Wissen darum, dass das Erreichen der ambitionierten Ziele schwierig sein wird. Basel-Landschaft hat vor wenigen Jahren ein neues Energiegesetz verabschiedet und in Kraft gesetzt. Im schweizerischen Vergleich handelt es sich auch dabei um ein sehr ambitioniertes Energiegesetz. Der Regierungsrat kommt in seiner Stellungnahme zur Motion zum Schluss, dass die Zielerreichung höchst unwahrscheinlich ist. Dies ist für die FDP-Fraktion nachvollziehbar. Nicht einmal mit wirklich einschneidenden Massnahmen, also Verboten, lässt sich dies bewerkstelligen. Der Vorstoss enthält keine Lösungsvorschläge, sondern lediglich eine trockene Forderung. Die FDP-Fraktion ist nicht der Ansicht, dass sich dies umsetzen lässt, weshalb sie Motion wie auch Postulat ablehnt.

Mirjam Würth (SP) hätte vom Landratspräsidenten erwartet, dass er den Tiefschlag von Florian Spiegel unterbindet. Zu sagen, der Verstand sei an der Garderobe abgegeben worden, ist ein No-Go. Das bringt die Rednerin wirklich auf die Palme.

Zum Inhalt: Man hat es bei diesem Vorstoss mit einer Vision zu tun. 2030 soll Netto-Null erreicht worden sein. Dies tatsächlich zu erreichen, mag höchst unwahrscheinlich sein. Wenn man sich aber gar nicht erst das Ziel setzt, erreicht man es garantiert nicht. Man muss auch nicht schauen, ob Venedig unter Wasser steht oder nicht. Es gab hier einige Hitzesommer und gesperrte Wälder. Die Folgen der CO₂-Erhöhung konnte man selbst feststellen.

Persönlich hat sich die Rednerin mit genau dieser Forschung bereits vor dreissig Jahren exponiert und publiziert. Dieses Problem ist von Menschen gemacht und hätte längstens angegangen werden müssen. Der Notstand ist Tatsache. Nicht erst seit gestern, sondern eigentlich seit der industriellen Revolution.

Zu Markus Dudler: Was nützt eine funktionierende Wirtschaft, wenn es keine funktionierende Infrastruktur mehr gibt? Ja, es soll sozialverträglich ausgestaltet werden, aber dafür steht die SP-Fraktion sowieso jeden Donnerstag hin.

Die Votantin ist von den Grünen enttäuscht. Ein Postulat nutzt momentan gar nichts. Es muss der geeinte Wille vorhanden sein, etwas zu tun. Das ist nur mit einer Motion möglich. Es ist Zeit, endlich etwas zu tun. Der Landrat soll die Motion überweisen und damit ein Zeichen gegen den Klimawandel setzen.

Désirée Jaun (SP) hält es für unglaublich: Man schaut immer noch auf das, was früher war, weshalb alles so weiterlaufen könne. Ebenso unglaublich ist die Unterstellung, der Vorstoss sei reiner Wahlkampf und dass versucht wird, der SP zu sagen, was sie zu glauben hat und was nicht. Hätte man der Rednerin richtig zugehört, hätte man vernommen, dass es ihr nicht darum geht, ein Zeichen zu setzen, sondern die erste Forderung durchzubringen, nämlich dass bis 2030 etwas unternommen werden soll. Zudem gibt es durchaus auch wissenschaftliche Meinungen und Darlegungen, dass es Ansätze gibt, die man verfolgen könnte, um schneller voran zu kommen. Einfach weitermachen und sagen, dass man bis 2050 die Ziele schon erreichen werde, wird nicht funktionieren.

Thomas Noack (SP): Nathaniel Rich schrieb in den 1980er Jahren in seinem Buch über die Klimadebatte: «Beinahe jede Debatte, die wir im Jahr 2019 über die Klimaänderung führen, wurde schon im Jahr 1979 geführt.» Der Redner denkt, es sei Zeit, sich die Handlungsnotwendigkeit bewusst zu machen. Wenn die Ziele erreicht werden sollen und die Klimaänderung gestoppt werden soll, was dringend notwendig ist, dann muss man sich endlich aus der Wohlfühlzone herausbewegen. Man muss ernsthaft über drastischere Massnahmen nachdenken. Der Votant unterstützt die Motion.

Sandra Strüby-Schaub (SP) kann den Voten der Gegenseite praktisch nicht mehr zuhören. Das ist das Thema der Stunde, weil die Auswirkungen jetzt bereits sehr krass sind. Mirjam Würth nannte einige Beispiele. Man muss doch endlich reagieren. Papier ist geduldig, das ist korrekt. Genau deshalb und weil es noch viel zu lange dauert bis 2050, muss jetzt etwas passieren. Die Argumentation der SVP ist nicht nachvollziehbar. Sonst ist diese Partei immer gegen Einwanderung. Wie kann sie die Zusammenhänge zwischen Klimaflüchtlings und Zuwanderung übersehen und ignorieren? Manchmal braucht es einfach Verbote, damit sich endlich etwas bewegt. Die Wirtschaft darf und muss verbindlich gefördert und gefordert werden.

Marc Schinzel (FDP) möchte nicht allzu sehr auf die Diskussion eingehen, sondern hinterfragt die Art des Vorstosses. Das ist nämlich das Problem. Der Vorstoss ist als allgemeine Abhandlung über die Klimakrise gestaltet. Am Ende kommt die Forderung nach einer Gesetzesanpassung, dass Basel-Landschaft bis 2030 Netto-Null CO₂-Emissionen haben muss. Das allgemeine Referat kann überall nachgelesen werden und wird in den Grundzügen nicht bestritten. Dem Votanten fehlt, dass man sagt, wer heute bereits etwas macht. Es gibt den Bund, der eine Strategie hat und der national flächendeckend zuständig ist. Eine flächendeckende Lösung ist aber zwingend notwendig, damit nicht Kienberg SO andere Regelungen kennt als Anwil. Ebenso fehlen Gedanken dazu, was wie umgesetzt werden kann. Der Votant spürt zudem eine gewisse Konkurrenz zwischen SP und Grünen. Die SP möchte noch ein wenig grüner werden, damit die Grünen nicht alles absahnen. Die Grünen realisierten aber offenbar, dass man schauen muss, wie die Umsetzungen stattfinden. Einfach ein Ziel in ein Gesetz zu schreiben, hat noch kein Jota in der Realität verändert. Es wäre an der Zeit, dass die SP diese Vorstösse in eine andere Richtung konzipiert und sich Gedanken zur Umsetzung, den Auswirkungen und dem Einbezug der Bevölkerung und der Wirtschaft macht.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) berichtet aus einem Vortrag von Marcel Hänggi, dem Initianten der Gletscherinitiative. Es ging in der Diskussion darum, was die Gemeinde Liestal dazu beitragen kann, dass die CO₂-Senkung realisiert werden kann. Als sehr beeindruckend empfand die Rednerin die Aussage, dass es wichtig sei, dass man auch im Kleinen Veränderungen in Gang setzt, also in Gemeinden und im Kanton. Das ist ebenso wichtig wie die übergeordneten Fragestellungen auf Bundesebene. Das fordert den Landrat dazu auf, wirklich etwas zu unternehmen. Die MuKEen wurden angesprochen. Viele der MuKEen wurden noch nicht umgesetzt. Es braucht also einen Motor, welcher den Landrat in Bewegung setzt. Regierungspräsident Isaac Reber hat eine Vorlage für 2020 versprochen. Bei der Votantin löst dies Ungeduld aus, hat sie doch das Gefühl, man hätte bereits gestern beginnen müssen. Aus diesem Grund findet sie persönlich 2030 als Vision toll und unterstützt deshalb die Motion.

Markus Dudler (CVP) ist – im Gegensatz zu Rolf Blatter – davon überzeugt, dass Phänomene wie die Überschwemmung von Venedig und der Gletscherschwund in den Bergen Folgen der Kilmaerwärmung respektive – im Fall von Venedig – des Anstiegs des Meeresspiegels sind. Das stellt die CVP/glp-Fraktion nicht in Abrede. Erika Eichenberger hat richtigerweise von Visionen gesprochen. Der Regierungsrat sollte in einem Strategiepapier auch Visionen definieren. Seinetwegen könnte das auch Netto-Null 2030 sein. Eine Vision darf aber nicht mit einem gesetzlich festgelegten Ziel verwechselt werden. Eine gesetzliche Zielsetzung muss mit den definierten Massnahmen erreicht werden können; das Ziel Netto-Null bis 2030 ist aber nicht zu erreichen.

«Getriggert» habe **Mirjam Würth** (SP) Marc Schinzels Aussage, mit welcher dieser die Art und Weise, wie der Vorstoss daherkomme, kritisiert habe. Ja, die Art und Weise des Vorstosses ist visionär, findet die Rednerin. Man will wieder eine Vorreiterrolle einnehmen als Kanton Basel-Landschaft. «Ketzerisch» bemerkt die Sprecherin, sie würde Marc Schinzel gerne als Berater nehmen, weil dieser es oft besser wisse als alle anderen.

Im Landrat werde nächstens über die Förderbeiträge des Baselbieter Energiepakets abgestimmt, stellt **Yves Krebs** (glp) fest, und er möchte im Landrat eine Vierfünftelmehrheit erreichen, damit es nicht zu einer Volksabstimmung kommt. Daher ist es aus ökologischer Sicht sehr schade, dass mit so «komplett realitätsfernen, symbolischen Aktionen ohne jegliches Augenmass» die Bereitschaft der bürgerlichen Parteien strapaziert wird, um in Zukunft konstruktive Vorstösse zur Energiewende zu unterstützen. Es gibt einen weltweit abgestützten Konsens über Netto-Null bis 2050. Der Landrat hat in dieser Legislatur schon bewiesen, dass Mehrheiten gefunden werden können, beispielsweise für eine Flugticketabgabe. Der Bogen soll nicht überspannt werden. Das zarte Pflänzchen muss gepflegt werden. Die einzigen Kräfte, die mit solchen Vorstössen gestärkt werden, sind Greta-Verschörungstheoretiker und sonstige Klima-Alu-Hüte.

Florian Spiegel (SVP) knüpft an den Vormittag an, denn es scheine ihm wichtig, gewisse unsinnige oder falsche Aussagen zu korrigieren. In seinen Ausführungen hat der Sprecher in keiner Art und Weise unterstellt, dass es Wahlkampf-Propaganda sei. Er hat nur gesagt, mit dem Vorstoss könne man wieder ein Fähnlein hochhalten. Und wenn man das Verhalten gewisser Landratsmitglieder auf der anderen Ratsseite bei gewonnenen Abstimmungen – mit Fotos machen und Facebook posten – vergleicht, ist die Aussage des Fähnleins, das hochgehoben wird, nicht so falsch. Auch hat er selbst nicht einmal einen Vergleich mit früher herangezogen. Die einzigen, die einen Vergleich mit früher herangezogen haben, war die linke Ratsseite mit einer Verfassungsschrift von früher. Von ihm selbst wurden lediglich die MuKEen und das Klimaabkommen zitiert, welche beide nicht älter als von 2015 sind.

Nicht ganz drausgekommen ist der Sprecher bei der Aussage betreffend Klimaflüchtlinge. Weder hat er selbst gesagt, dass die Flüchtlinge die Klimaveränderung positiv noch negativ beeinflussen.

Vor einer solchen Aussage würde sich Florian Spiegel hüten, der Sprecher empfindet daher diese drei Voten als Unterstellungen.

Und a propos unanständiges Verhalten: Soeben ist Marc Schinzel Besserwisserei unterstellt worden. Ob er dies nun auch als unanständig empfinden und deswegen ein Büro aufmachen solle, fragt der Sprecher. Seine eigene Aussage vom Vormittag präzisiert der Sprecher. Er hat gesagt, man habe den Sachverstand an der Garderobe abgegeben – bezogen auf dieses Geschäft. Damit werde Sachverstand attestiert, sonst könnte man ihn gar nicht abgeben [*Heiterkeit*]. Es war nicht das Hirn gemeint.

Marco Agostini (Grüne) kennt seinen Vorredner eigentlich als eloquenten Redner, der seine Voten immer mit guten Begründungen hinterlegt habe. Auch in der landrätlichen Fussballmannschaft ist er mit seinen Gegnern immer anständig umgegangen. Was Florian Spiegel aber mit seinen beiden Voten gesagt hat, ist nicht anständig – und zwar gegenüber den Wählerinnen und Wählern seiner Seite. Auch die SVP schätzt sehr, was die eigenen Wählerinnen und Wähler stimmen – und auch das sind Leute, die sich auskennen. Yves Krebs erinnert der Redner daran, dass der erste Buchstabe seines Parteinamens ein G sei, welches für grün steht. Und das Wachstum der glp erklärt sich vor allem aus dem Wachstum des grünen Anteils. Und ob etwas realisierbar ist oder nicht ist immer Ansichtssache. Aus seiner eigenen Sicht ist es realisierbar- und aus wissenschaftlicher und technischer Sicht auch, das weiss man längst. Die Industrie ist zum Teil schon wesentlich weiter als die Politik. Und auch bezogen auf die Bevölkerung ist es machbar. Kürzlich habe ihm ein Kollege, der wahrlich nicht auf seiner Seite politisiert, gesagt, er möchte einfach einmal wissen, was er zu tun habe. Wenn es ein Verbot gäbe, so wüsste er, in welche Richtung es geht. Verbote sind nicht immer schlecht. Einzig aufgrund der politischen Situation ist 2030 nicht realisierbar, aber das ist nur ein Faktor.

Ursula Wyss Thanei (SP) bedankt sich für die Präzisierung von Florian Spiegels Aussage. Ihren Sachverstand habe sie jedenfalls noch dabei. Es handelt sich bei der Motionärin um eine junge Frau, die den politischen Weg gewählt hat und im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihren Wunsch und ihr Anliegen ausdrückt. Ein Grossteil dieses Anliegens wird auch von der Stimmbevölkerung geteilt, denn man kennt die Resultate der letzten Wahlen. Es gilt, sich auf den Weg zu machen und die Chance zu nutzen. Es fehlten die konkreten Vorschläge, wurde kritisiert. Es stellt sich aber die Frage, ob man als Landratsmitglied wirklich konkrete Vorschläge machen kann. Eigentlich erwartet die Landrätin vom Regierungsrat konkrete Vorschläge zur Umsetzung oder dann eine Begründung, warum man nicht umsetzen kann.

Die Landrätin zitiert einen Satz aus der Vorlage: «Es ist kaum vorstellbar, dass die CO₂-Emissionen aus dem Mobilitätsbereich bis 2030 auf null gesenkt werden können.» Diese Aussage nützt wenig. Die Votantin interessiert konkreter, warum dies nicht möglich ist. Und weiter heisst es: «Das Ziel, sämtliche Treibhausgasemissionen bis 2030 auf null zu senken, würde zudem neue technische Neuerungen und Verfahren bedingen, die zumindest heute noch nicht bekannt sind.» Dem muss Ursula Wyss Thanei widersprechen. Die Rednerin bezieht sich auf eine Präsentation im August 2019 von Ruedi Meyer, Raumplaner der ETH, welcher ziemlich genau und sehr umfassend ausgeführt hat, dass man schweizweit 2030 null CO₂ erreichen könnte. Könnte man nur einen Teil davon im Baselbiet umsetzen, so hätte man sich auf den Weg gemacht und könnte doch konkret vorweisen, was man erreichen möchte. Ruedi Meyer zeigt auch auf, dass es Unternehmen gibt, die auf dem Weg sind: Die Post will bis 2020 klimaneutral sein, Aldi Suisse 2022, Coop 2023 und Siemens 2030. Man könnte also auch auf die Mithilfe der Wirtschaft zählen bzw. hoffen. Letztlich kostet es sicher Geld. Die Frage ist, ob man es in die Hand nehmen will, wenn man sich noch überlegen kann, was man damit machen will oder erst dann, wenn man das Matterhorn abstützen muss, weil es – salopp gesagt – in sich zusammenfällt; die leichte Übertreibung ist gewollt. Daher ist zu hoffen, dass man wenigstens für ein Postulat Unterstützung erhält, so dass der Regierungs-

rat die Möglichkeit hat, nochmals über die Bücher zu gehen und sich zu überlegen, was man machen kann und was schon heute umsetzbar ist.

Stephan Ackermann (Grüne) meint, die Vormittagsdebatte habe gezeigt, dass es fünf – nein, sogar – zwei vor 12 Uhr sei. Polemisch darf man nicht sein bei diesem Thema, der Redner appelliert ans Landratskollegium, sich zurückzunehmen und bei der Sache zu bleiben. Besser schon gestern als erst heute hätte die Herausforderung der Klimaerwärmung angegangen werden sollen. Man muss dranbleiben und endlich einmal aktiv werden. Vieles läuft schon. Ein Dank geht an Ursula Wyss Thanei, welche aufzeigen konnte, dass die Wirtschaft in vielem der Politik schon voraus ist. Das Bewusstsein der Erderwärmung ist erst heute in der Gesellschaft wirklich angekommen. Vor dreissig Jahren waren es noch ein paar Einzelne und man hätte keine Mehrheiten erreicht. Heute ist es anders. Der Sprecher ist überzeugt, dass heute noch keine Mehrheiten da sind, wenn es denn hart auf hart kommt, sprich, wenn man einmal erkennt, welche Einschränkungen im persönlichen Leben oder in Bezug auf das Portemonnaie damit einhergehen. Solange man die Rechnung nicht sieht, kann man sich alles Mögliche wünschen. Das trifft sowohl auf die Massnahmen zu, die ergriffen werden müssen, wie auch auf das, was passiert, wenn man keine Massnahmen trifft. Man wird in verschiedener Hinsicht bei den persönlichen Möglichkeiten eingeschränkt sein. Als Parlamentarier müssen die Landräte Massnahmen ergreifen, die zum Erfolg führen, und ein Teil dieses Erfolgs wird sein, dass Mehrheiten in der Bevölkerung erreicht und die vom Parlament definierten Massnahmen mitgetragen werden. Deshalb lehnt Stephan Ackermann die Motion ab. Er glaubt nicht, dass das Volk, die Wirtschaft und ein Teil des Landrats heute schon der Motion zustimmen können. Für den Redner als grüner Politiker ist es gerade wichtig, darauf hinzuwirken, dass in der Schweiz eine Mehrheit geschaffen werden kann, um die Klimaziele 2050 zu erreichen, ohne dass die Menschen mit irgendwelchen Schnellschüssen vor den Kopf gestossen werden. Hier liegt das Potenzial des Parlaments, und es ist gleichzeitig eine Herausforderung, die man angehen muss: Über den Zeitplan und darüber, wie viele Massnahmen es braucht, besteht noch Uneinigkeit. Und hier eine Lösung zu finden, sollte im Rat nicht polemisch, sondern vernünftig diskutiert werden. Stephan Ackermann verlangt in seinem ebenfalls noch traktandierten Postulat vom Regierungsrat aufzuzeigen, was er zu tun gedenkt, um die Klimaziele 2050 zu erreichen. Solche Informationen braucht der Rat, um eine Beurteilungsgrundlage zu haben und sagen zu können, wo übers Ziel hinausgeschossen wird und was noch fehlt. Er bittet den Rat, der Umwandlung in ein Postulat zuzustimmen, damit der Regierungsrat aufzeigen kann, was CO₂ null bis 2030 bedeuten würde. Einem Postulat kann der Redner zustimmen, nicht aber der Motion, diese ist zu radikal und nicht realistisch.

Reto Tschudin (SVP) meint, der SVP-Fraktion liege die Natur auch am Herzen. Es ist gemeinhin bekannt, dass die Fraktion dem Heimatland und der Natur Sorge tragen will, aber auch der Bevölkerung und der Wirtschaft. Man kann nicht das eine so stark fördern, dass das andere kaputtgemacht oder erdrückt wird. Daher geht dem Redner der Vorstoss zu weit. Auch ein Marathonläufer – so der Vergleich – hat sein Ziel vor Augen. Es gilt, die Energien einzuteilen und zwar sinnvoll. Und man ist auf dem Weg, aber der Weg ist noch weit. Es nützt nichts, wenn man jetzt einen Sprint macht, und dann nicht ins Ziel kommt. Die Kräfte müssen eingeteilt werden, und man muss zuerst die Überzeugung schaffen, um die Bevölkerung mitnehmen zu können, wie sein Vorredner gesagt hat. Das ist nicht mit dem Würgegriff hinzubringen, sondern es erfordert gekonnte Arbeit im Rat, um Konsens zu erreichen. Die Motion ist der falsche Weg.

Marc Schinzel (FDP) unterstützt sowohl die Voten von Yves Krebs wie auch von Stephan Ackermann. Einen Vorstoss zu bringen, der ein noch ambitioneres Ziel hat als der Bundesrat – auch er selbst könnte das machen und dann das Datum 2029 setzen. Dann wäre der Redner sicher in der Presse, und es würde heissen: «Freisinniger fordert Zielerreichung schon 2029» – aber was wäre

das? Ein Federstrich, es wäre Papier. Man muss aber aufeinander zugehen und gemeinsam Lösungen finden. Eigentlich hätte jemand aus der «Verkehrskommission» am Vormittag eine Gegenstimme einlegen sollen, um über das Spiesshöfli-Projekt reden zu können, denn genau dort werden CHF 37 Mio. eingesetzt für eine gute Verkehrslösung, die das Leimental vorwärtsbringt und auch umweltgerecht, also nachhaltig ist; und genau darüber würde es sich lohnen zu reden. Marc Schinzel bittet die Ratskolleginnen und -kollegen, auch Gegenstimmen einzulegen, damit über die guten Projekte gesprochen werden kann. Auch Mirjam Würth könnte dies in der Finanzkommission tun.

Auch **Roger Boerlin** (SP) sieht sich als einen derjenigen, die den Sachverstand an der Garderobe abgegeben haben. Der Sachverstand habe sich aber bei ihm wieder eingestellt, als er den Blick zur Tribüne angehoben habe und dort junge Menschen gesehen habe, die heute Zukunftstag haben und ihre Zukunft noch vor sich haben. Auch Désirée Jaun ist eine junge Frau, die eine andere Zukunft vor sich hat als der Redner selbst mit 65, welcher den Klimawandel nicht mehr so stark zu spüren bekommen wird. Aber die Jungen spüren ihn jetzt schon und haben Angst um ihre Zukunft. Wie ist es nun mit dem Tipping Point? Wenn die Wissenschaftler heute sagen, dass ab 2030 die gesamte Entwicklung irreversibel ist, dass man nichts mehr machen kann und ab dann alles aus dem Ruder läuft, so ist die grosse Sorge der Fraktionskollegin verständlich. Der Redner unterstützt die Motion und würde auch ein Postulat unterstützen.

Saskia Schenker (FDP) nimmt Bezug auf Stephan Ackermanns Postulat, welches die FDP-Fraktion mit unterstützen werde. Darin wird der Regierungsrat aufgefordert aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen er gedenkt, die Zielvorgaben des Bundesrats im Kanton zu erreichen. Das ist auch der Ansatz der FDP. Auf Bundesebene wurden Ziele festgesetzt, und man möchte wissen, wie diese im Kanton umgesetzt werden sollen. Es bleibt zu hoffen, dass damit eine Brücke gebaut werden kann. Den hier vorliegenden Vorstoss wird die FDP-Fraktion jedenfalls ablehnen, aber in Traktandum 35 geht es um die konkreten Massnahmen. Und das ist ein wichtiger Fokus.

Bálint Csontos (Grüne) wird den Vorstoss auch als Motion überweisen, würde sich aber auch freuen, wenn er als Postulat eventuell eine Mehrheit findet. Zur Zieldiskussion: 2050, 2030 (gfp) und nun noch Marc Schinzel mit 2029 – «bahnbrechend» – sind interessante Optionen. Es ist aber zu warnen vor der Gegenüberstellung. Da hat man den Bundesrat mit 2050, was grade noch zu tragen ist, und dann diskutiert man über 2030 etc. Das ist wohl alles nicht so zielführend, wenn man sich vor Augen führt, was die Schweiz auf internationaler Ebene verbindlich unterzeichnet hat. Und das ist weder 2030 noch 2050, auch wenn der Bundesrat völkerrechtswidrig von 2050 als Ziel ausgeht. Das Völkerrecht – also das von der Schweiz unterzeichnete Abkommen – hat eine sehr gescheite Definition. Man einigt sich nämlich darauf, 2050 Netto-Null erreichen zu müssen, weil man dann die Chance hat, dass es noch rechtzeitig ist. Gleichzeitig steht aber in dem Abkommen, dass die Staaten sich einig sind, alles Mögliche zu unternehmen, um diese Ziel schon früher zu erreichen. Dafür gibt es einen wichtigen Grund. Denn um die Frage beantworten zu können, wie gross die Auswirkungen sind und wie stark und wie schnell man dereinst reduzieren muss, ist der Zeitpunkt entscheidend, in welchem der Peak erreicht wird, und ab welchem die CO₂-Emissionen weltweit abnehmen. Daher hat die Staatengemeinschaft nicht ein Datum festgelegt, an welchem das Ziel erreicht sein soll, sondern es wurde gesagt, wann das Ziel allerspätestens erreicht sein muss – wobei alles, was möglich ist, unternommen wird, um das Ziel vorher zu erreichen. Dazu hat sich auch die Schweiz verpflichtet und der springende Punkt – das steht auch in der Klimaschutzinitiative – ist, dass die Klimaziele für den Kanton Basel-Landschaft verbindlich sind. Das beinhaltet, dass der Regierungsrat alles in seiner Macht Stehende unternimmt, um 2030 zu erreichen sowie, dass allerspätestens 2050 das verbindliche Ziel sein muss.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) fällt es nicht leicht, dem eigenen Parteipräsidenten zu widersprechen. Die Ambition, so schnell wie möglich zu sein, ist richtig. Daran muss man sich auch orientieren. Der Regierungsrat hat aber Mühe damit, ein unrealistisches Ziel zu stecken. Wenn man sich mit der Sache beschäftigt, dann ist klar, dass es mögliche und unmögliche Dinge gibt. Ursula Wyss hat den Satz aus der Antwort des Regierungsrats zitiert, dass es kaum vorstellbar sei, die CO₂-Emissionen bis 2030 auf null senken zu können. Der Regierungsrat steht zu diesem Satz. Der Redner ist sich nicht sicher, ob Ursula Wyss nur geistig oder tatsächlich das Wort «Mobilitätsbereich» unterschlagen hat. Fakt ist aber, dass der Kanton im Mobilitätsbereich einen guten Teil der Emissionen, die auf dem Kantonsgebiet stattfinden, gar nicht beeinflussen kann. Der Redner weiss deshalb nicht, auch wenn er Raumplanung studiert hat, wie das in diesem Zeitfenster funktionieren soll. Man muss sich immer auch an einigen Begebenheiten orientieren und eine davon, an der man sich definitiv orientieren soll, ist die Realität. Hier liegt auch die Schwierigkeit des vorliegenden Vorstosses: Er suggeriert etwas, das aus Sicht des Regierungsrats nicht möglich ist. Es handelt sich um eine unrealistische Vorgabe und darum um den falschen Handlungsansatz.

Man soll aber so schnell wie möglich vorwärtsmachen; wenn man bereits vor 2050 am Ziel ist, dann ist es umso besser. Aber auch 2050 ist eine sportliche Ambition. Es muss auch immer gesehen werden, dass es eine Premiere wäre: Der Kanton war noch nie CO₂-neutral. Der Redner möchte behaupten, sollte es der Kanton bis 2050 schaffen, so hätte er auch dann noch eine Vorreiterrolle.

Jedem Unternehmen, das begriffen hat, dass es an der Zeit ist, sich zu bewegen, soll gratuliert werden. Es gibt Unternehmen, die sehr vorbildlich unterwegs sind. Es gibt aber einen Unterschied zwischen den Unternehmen und der öffentlichen Hand. Letztere ist ein Teil des demokratischen Systems. Um das ambitionierte und übersportliche Ziel 2030 zu erreichen, müssten die demokratischen Instrumente ausser Kraft gesetzt werden. Ob dies im Sinne von Ursula Wyss wäre, weiss der Redner nicht. Es wäre jedoch realitätsfremd. Die Realität ist, dass man die Menschen auf den Weg mitnehmen muss. Andernfalls passiert das gleiche wie in den Kantonen Bern und Solothurn, in denen die jeweiligen Energiegesetze und MuKEn abgelehnt wurden. Gesagt ist etwas schnell, aber damit die Menschen wirklich bereit sind, sich zu bewegen, braucht es etwas mehr.

Der Redner möchte den Vorstoss auch nicht als Postulat entgegennehmen, da es sich um den falschen Ansatz handelt. Er möchte dem Landrat nicht begründen müssen, weshalb es nicht möglich ist, das Ziel bis 2030 zu erreichen, sondern begründen können, was gemacht werden kann, um so schnell als möglich vorwärtszukommen. In die richtige Richtung geht der Vorstoss unter Traktandum 35, den Saskia Schenker bereits erwähnt hat. Der Vorstoss fordert, aufzuzeigen, was gemacht werden kann, um klimaneutral zu werden. Der Regierungsrat hält dies für den richtigen Ansatz und ist deshalb auch bereit, den Vorstoss unter Traktandum 35 entgegenzunehmen.

Ursula Wyss Thanei (SP) entschuldigt sich, das Wort «Mobilitätsbereich» womöglich unterschlagen zu haben. Sie erwartet zudem auch nicht, dass der Kanton wie eine Firma funktioniert. Die Beispiele sollten eine Reaktion auf eines der vorangehenden Voten sein, in dem jemand gesagt hatte, die Wirtschaft könne dies nicht leisten.

Gewisse Aussagen des Regierungspräsidenten können nachvollzogen werden. Trotzdem wäre es erfreulich, wenn der Motion oder allenfalls dem Postulat zugestimmt würde.

://: Mit 52:29 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion abgelehnt.
